

KOMMENTAR ZUM UN-MIGRATIONSPAKT

Eine Chance – immerhin

Der UN-Migrationspakt verfolgt genau jene Ziele, die die deutsche Politik seit Jahren auf europäischer und globaler Ebene einfordert: Fluchtbewegungen kontrollieren, Hilfe koordinieren, solidarisch handeln, Menschenrechte gewährleisten, Menschenhandel verhindern, Fluchtursachen wie Armut und Klimawandel bekämpfen. Der Pakt ist nicht mehr und nicht weniger als die feierliche Erklärung des guten Willens, Rücksicht zu nehmen auf die Schwachen und Chaos zu vermeiden.

Nationales Recht wird durch den Pakt nicht tangiert. Er stellt das „souveräne Recht der Staaten“ ausdrücklich fest, ihre Einwanderungspolitik selbst zu bestimmen. Selbstverständlich entscheidet jedes Land über erwünschte und unerwünschte Migration. Es geht um rechtliche und soziale Mindeststandards für Flüchtlinge und Migranten, die hierzulande aus christlicher Überzeugung als selbstverständlich gelten, aber in vielen Teilen der Welt nicht gewährleistet sind. Sich darauf zu verständigen, ist im Interesse von Migranten und im deutschen Interesse.

Dieser Pakt ist eine Chance – mehr nicht, aber immerhin. Die weltweite Flucht- und Migrationsbewegung lässt sich weder durch Mauern noch durch Militär noch durch nationale Gesetze aufhalten. Man kann sie im besten Fall eindämmen, indem man versucht, die Zustände zu ändern, die Hunderttausende aus ihrer Heimat wegtreiben. Das ist schwer genug, und lässt sich allenfalls durch intensive internationale Absprache und Zusammenarbeit erreichen. Genau dem dient der Pakt.

Die Äußerungen von führenden AfD-Politikern in den letzten Tagen und Wochen offenbaren überdeutlich, woran sie interessiert sind. Sie wollen in der Flüchtlingspolitik Unordnung statt Ko-

operation, sie wollen Chaos statt Regeln. Sie brauchen Unordnung und Chaos für ihre Anti-Merkel-Tiraden. Sie begeistern sich am Bunkerdenken des US-Präsidenten, der den Pakt nicht unterzeichnen will, weil ihm seine dreiste „America first“-Parole über alles geht.

Nachdem die AfD ihr erwartbares Gegrölle gegen internationale Zusammenarbeit angestimmt hat, stellt jetzt Jens Spahn, der als Mitglied des Bundeskabinetts früh und bestens informiert ist, die Linie der eigenen Regierung infrage – ein Verzweiflungsakt im Kampf um den CDU-Vorsitz. Wenn es Spahn um die Sache ginge, hätte er diese Diskussion schon vor Monaten anstoßen können und müssen.

In Aachen ist eines der größten internationalen Hilfswerke beheimatet. Bei Misereor kann man sich über all diese Fragen präzise informieren. „Wir werden als Teil der Menschheitsfamilie in Europa keine Zukunft haben, wenn wir glauben, die Mauern müssten nur hoch genug sein. Gegen die Entschlossenheit von Verzweifeln und die Zuversicht von auf Zukunft Hoffenden werden wir nicht ewig ankommen“, hat Misereor-Geschäftsführer Bröckelmann-Simon vor einem halben Jahr im Interview mit unserer Zeitung gesagt. Das gilt auch für die aktuelle Debatte. Wer sich auf christliche Werte beruft, darf nicht die Hand dafür heben, dass sich die reichen Länder dieser Welt noch mehr abschotten, als sie es ohnehin schon tun.

p.pappert@zeitungsverlag-aachen.de

PETER PAPPERT



PRESSESTIMME

Allgemeine Zeitung

Die Zeitung aus Mainz schreibt zum Fall Khashoggi:

Deutschland verhängt Einreiseverbote gegen verdächtige saudische Staatsangehörige und will Waffenexporte stoppen, angeblich alle. Gut. Siemens-Chef Kaeser verkündet derweil seine Teilnahme an einer Konferenz in Saudi-Arabien: Man müsse den Dialog auch in schwierigen Zei-

ten pflegen. Kaeser hat nicht einmal Unrecht. Realpolitik ist oft ein schmutziges Geschäft. Oft läuft es schlicht auf diese Frage hinaus: Wiegen Arbeitsplätze im Waffenexportland schwerer als Menschenrechte im Waffenimportland? Und: Ist kontrollierbar, was exportierte Waffen zum Einsatz kommen? (...) Alle verantwortungsbewussten Regierungen müssen ihren inneren Kompass finden in dieser Problematik, und sie dürfen sich von niemandem erpressen lassen.

Ende der Traumnoten: Mängel in Pflegeheimen sollen ans Licht

In den durchweg positiven Bewertungen spiegelt sich bislang nicht wieder, dass beispielsweise immer noch viele Bewohner ans Bett gefesselt werden.

VON BASIL WEGENER
UND SASCHA MEYER

BERLIN Die Prüfer des Pflege-TÜV kommen unangemeldet. Sie sind vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK). Seit Jahren nehmen MDK-Prüfer regelmäßig die Pflegeheime in Deutschland unter die Lupe. Sie schauen ziemlich genau hin, und die Kassen weisen auf dieser Basis auch regelmäßig öffentlich in bundesweiten Berichten auf Schwachstellen der Heime hin. Die daneben existierenden Pflege-noten für die einzelnen Einrichtungen sind dagegen quasi nutzlos, obwohl auch sie auf diesen Prüfungen beruhen. Es handelt sich nämlich durch die Bank um Traumnoten. Angehörige und Pflegebedürftige können sich bei der Heimsuche also nicht gut nach den Noten richten. Das soll sich nun grundlegend ändern.

Wenn die Prüfer kommen, bricht in einem Pflegeheim erst oft ein wenig Chaos aus. So erzählen es Menschen, die dabei waren, auch Reportagen berichten davon. Pflegerinnen und Pfleger können auf Fortbildung sein, Akten müssen zusammengesucht werden, Ange-

hörige müssen ihre Erlaubnis geben. Dann studieren die Prüfer die Unterlagen, in denen dokumentiert ist, was die Pfleger für und mit den Bewohnern gemacht haben. Sie gucken sich die Medikamente an: Werden die richtigen Mittel verabreicht, sind sie vielleicht schon abgelaufen? Sie prüfen alle möglichen Bereiche. Sie gehen auch zu zufällig ausgewählten Bewohnern, um sich dort etwa die Haut, die Fersen, den Gesamtzustand anzusehen und mit ihnen zu reden.

Warum aber führen diese aufwendigen Prüfungen nicht zu einem realistischen Bild der Heime? Die Berichte der Kassen sind auch laut unabhängigen Experten schon heute einigermaßen wahrheitsgetreu. Der jüngste erschien im Februar. Er zeigt, dass Zehntausende Pflegebedürftige in Deutschlands Heimen Opfer mangelhafter Betreuung werden.

Insgesamt sind die Ergebnisse zwar eher gut. Aber rund jeder vierte Bewohner, der eine Wundversorgung braucht, bekam diese zuletzt nicht ausreichend oder hygienisch unzulänglich. Bei jedem vierten Bewohner wurde das Gewicht nicht kontrolliert, obwohl die Gefahr ei-

nes Gewichtsverlustes bestand und sich die Pfleger dann extra um Essen und Trinken kümmern müssen. In jedem fünften Fall, in dem es nötig gewesen wäre, gab es keine ausreichende Vorbeugung vor Druckgeschwüren. Fast jeder zehnte Bewohner bekam demnach zuletzt Bauchgurte oder musste andere freiheitsentziehende Maßnahmen hinnehmen.

Doch auch diese Berichte haben ihre Macken. Denn zu einem Gut-



Ihre Situation soll sich künftig verbessern: Die Prüfungen zur Situation der Bewohner in Pflegeheimen sollen präziser werden.

teil basieren sie eben auf der Pflege-dokumentation. Und die oft überlasteten Pflegerinnen und Pfleger machen sich häufig vergleichsweise wenig Mühe, alles super korrekt aufzuschreiben. Vor allem aber taugen die online abrufbaren Pflege-noten für die einzelnen Heime wenig. Verantwortlich für die Festlegung des Notensystems waren im wesentlichen Heimbetreiber und Kassen. Kritiker wie etwa der Gesundheits-experte der Bertelsmann Stiftung,

Stefan Etgeton, monieren, dass der Gesetzgeber die Akteure bisher sich selbst überlasse. Immer wieder wird kritisiert, gerade Heimbetreiber hätten bisher wenig Interesse gehabt, Mängel offenzulegen. Gernot Kiefer, Vorstand des Kassen-Spitzenverbandes, versichert: „Unser Ziel ist und bleibt es, gute und schlechte Qualität in Pflegeeinrichtungen für jeden einfach erkennbar zu machen.“

Prüfungen sollen präziser werden

Manches ist unbestritten für die Qualität eines Heims besonders wichtig, etwa ob es auf freiheitsentziehende Maßnahmen wie Gurte verzichtet und Wundliegen vermeiden kann. Aber bei den existierenden Noten können Probleme und Missstände in solchen zentralen Bereichen ausgeglichen werden mit Dingen, die eher dem allgemeinen Wohlbefinden in Einrichtungen dienen. Aktuell liegen die Heime von Bundesland zu Bundesland im Schnitt bei Noten zwischen 1,1 und 1,4.

Künftig sollen die Prüfungen präziser werden – und sich nicht mehr so stark an den Unterlagen in den

Heimen orientieren. Stattdessen soll wirklich gründlich geschaut werden, wie es den Bewohnern ergeht. Unangekündigt sollen die Prüfer nicht mehr kommen, sondern mit einem Tag Vorlauf. Das teils aufkommende Chaos beim unangemeldeten Besuch soll vermieden werden – und am Zustand der Bewohner, den die Prüfer vor allem anzugucken, lässt sich ohnehin über Nacht kaum etwas manipulieren.

Vor allem aber: Die Noten werden abgeschafft. Angehörige und Betroffene sollen in einer komprimierten Darstellung mit Punkten und Kästchen einen Überblick über die Qualität in den einzelnen Pflege-Bereichen bekommen – von Heim zu Heim. „Es gibt einige Einrichtungen, in denen findet sich sehr schlechte Qualität“, sagt der Bielefelder Pflegewissenschaftler Klaus Wingenfeld, der den neuen Pflege-TÜV federführend entwickelt hat.

Noch stehen letzte Entscheidungen für die Reform des Pflege-TÜV aus, aber Experten erwarten, dass die Reform nach jahrelanger Kritik am alten System nun tatsächlich kommt. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat sie für Herbst 2019 angekündigt.

Eine Frage der Türöffnung

Jens Spahn hat in der CDU einen Streit um den UN-Migrationspakt befeuert. Die AfD klatscht Beifall, Merkel warnt vor einer rechten Agenda. Dabei war die Debatte eigentlich befriedet.

VON KRISTINA DUNZ

BERLIN Manfred Weber ist Denken bis zum Tellerrand zuwider. Auf das plötzliche Gezerre in der CDU-Schwesterpartei um den seit zwei Jahren von mehr als 100 Staaten ausgehandelten UN-Migrationspakt würde er bei seinem Auftritt in Berlin am Montag am liebsten gar nicht eingehen. Als leidenschaftlicher Europäer denkt der CSU-Mann global, nicht national, langfristig, nicht reflexhaft.

Er hätte Chancen gehabt, Nachfolger von Parteichef Horst Seehofer zu werden, der den Vorsitz im Januar abgeben wird. Es hat dem 46-Jährigen geschmeichelt, dass Parteikollegen ihn ermunterten hatten, zu kandidieren. „Ich bin Europapolitiker mit Leib und Seele. Das war in meiner Partei nicht immer stressfrei“, lässt er seine Zuhörer in der Bundespressekonferenz wissen. Aber Weber überlässt die Bewerbung für das höchste Parteiamt dem bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder, weil er sich selbst für eine andere Kandidatur entschieden hat: Für die Spitzenkandidatur der Europäischen Volkspartei (EVP) bei der Europawahl 2019. Er habe Prioritäten gesetzt, sagt der Bayer. „Ich möchte Kommissionspräsident werden.“

Nur wenig Rückenwind für Spahn

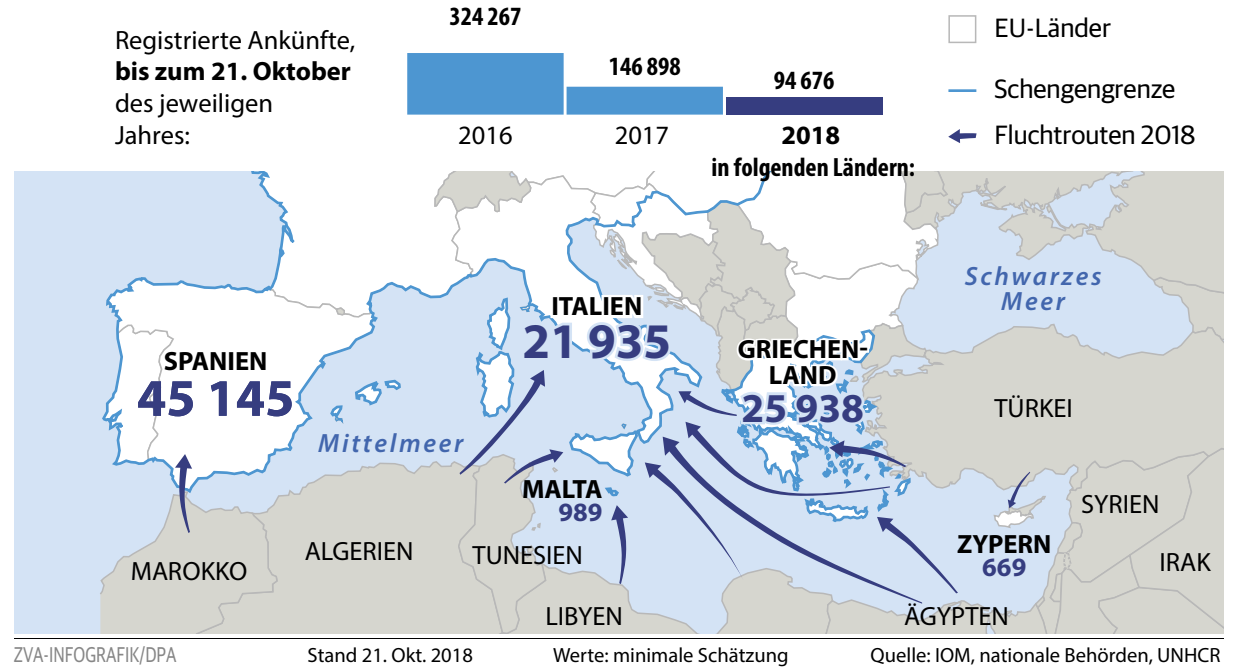
Zum UN-Migrationspakt sagt er dann doch etwas: „Der Pakt ist sicher nicht perfekt, (...) aber er ist sinnvoll.“ Denn es sei ein „Pakt für Multilateralismus“. Dieses politische Signal sei entscheidend. Der Subtext: Dieses politische Signal sei in Zeiten sich abschottender Staaten und Parteien, angefangen beim US-Präsidenten Donald Trump bis hin zur AfD, bitter nötig. Erstmals, so betont es Weber, werde ein Weg aufgezeigt, wie die Migrationsprobleme global gelöst werden könnten. Erstmals werde die Tür geöffnet, weltweit einen Grundkonsens zu finden.

Das ist der Unterschied: Für die Befürworter des 32-seitigen Papiers „Globaler Pakt für eine sichere, geordnete, reguläre Migration“ wird endlich das Tor für eine internationale Verständigung geöffnet. Aus Sicht der Gegner ist es das Tor, das sich pauschal für Migranten öffnet. In Deutschland führen sie die Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vor drei Jahren an, als fast eine Milli-

Befeuert die Debatte über den UN-Migrationspakt: Jens Spahn, Kandidat für den CDU-Vorsitz.

FOTO: DPA

Flucht über das Mittelmeer



on Flüchtlinge ins Land kamen, die meisten unter ihnen syrische Bürgerkriegsflüchtlinge.

In der CDU bekommt Gesundheitsminister Jens Spahn – einer der drei prominenten Kandidaten für den Parteivorsitz – für seinen Vorstoß nach einer Debatte über den Pakt auf dem CDU-Parteitag Anfang Dezember und einer möglichen Verschiebung der deutschen Unterstützung beim kurz darauffolgenden UN-Gipfel in Marokko wenig Rückenwind. Zwar springt der Chef der Mittelstandsvereinigung der Union, Carsten Linnemann, Spahn bei, (die AfD beklatscht die Forderung ohnehin) aber die Abwehr ist stark.

„Die Unterzeichnung des Migrationspaktes notfalls zu verschieben, wäre eine doppelte Führungsschwäche, die sich Deutschland nicht erlauben darf“, sagt der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Norbert Röttgen,

FOTO: DPA

der „Bild“-Zeitung. Der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Stephan Harbarth sagt unserer Redaktion: „Der Pakt ist in unserem nationalen Interesse, weil er langfristig den Migrationsdruck auf Deutschland senkt und nicht erhöht, indem er die Staatengemeinschaft zur Wahrung bestimmter Standards im Umgang mit Migranten anhält, zu denen wir uns durch unsere Verfassung längst bekannt haben.“ Deutschland sei gar nicht der Hauptadressat des Paktes. „Wenn wir uns in der Zusammenarbeit mit anderen Staaten auf diesen Pakt berufen können, ist das ein Vor- und kein Nachteil. Wir werden die Migrationsfrage nicht im nationalen Alleingang, sondern nur mit einem internationalen Ansatz bewältigen können.“

Der Pakt ist, wie bei solchen UN-Abkommen üblich, rechtlich nicht bindend. Er soll weltweit Standards im Umgang mit Arbeitsmigranten und Flüchtlingen fest-schreiben.

Die EU-Staaten Österreich, Ungarn, Polen und Tschechien sind von dem zunächst gemeinsam ausgehandelten Pakt aber wieder abgerückt.

In Unionsfraktion und Bundesregierung sind viele über Spahns Vorstoß überrascht. Jüngst hatte es eine Debatte im Bundestag über den Pakt gegeben. Die AfD war mit ihrer scharfen Kritik weitgehend isoliert. Abgeordnete von Union und SPD wie auch anderer Oppositionsparteien warfen der AfD vor, Ängste vor Einwanderung zu schüren und eine internationale Ordnung für geregelte Migration behindern zu wollen. Das Auswärtige Amt verweist darauf, dass der Bundestag in den zweijährigen Verhandlungen intensiv in die Beratungen einbezogen gewesen sei.

Merkel hat mehrfach gewarnt, dass man sich nicht die Agenda rechter, migrationsfeindlicher Kräfte aufdrücken lassen dürfe, die über den Migrationspakt Lügen verbreiteten. Auch in der Unionsfraktion war stundenlang debattiert worden und eigentlich ein Konsens erzielt worden. Zumindest war das die vorherrschende Meinung bis zu Spahns Vorstoß.